Sitzung des Zürcher Gemeinderats

In Zürich sollen umweltfreundliche Taxis gefördert werden

Der Rat stimmt der neuen Taxiverordnung deutlich zu – der Zugang zum Taxigewerbe wird erleichtert

Taxihaltern, die umweltfreundliche Autos einsetzen, soll ein Teil der Gebühr rückvergütet werden. Mit dieser Regelung in der Taxiverordnung will der Gemeinderat einen Beitrag zur 2000-Watt-Gesellschaft leisten. Angepasst wird die Verordnung wegen des Binnenmarktgesetzes.

rib. Wer eine reine Debatte über das Zürcher Taxigewerbe erwartet hatte, sah sich in der Gemeinderatssitzung vom gestrigen Mittwochabend getäuscht. Wohl stand die Verordnung über das Taxiwesen auf der Traktandenliste. Sie muss angepasst werden, damit sie den Bestimmungen des neuen Binnenmarktgesetzes entspricht. Das Gesetz verlangt eine Marktöffnung und tiefere Hürden auch für die Ausübung des Taxifahrerberufs. So dürfen zum Beispiel Ortsfremde nicht mehr vom Taximarkt ausgeschlossen werden, und es ist keine dreijährige Berufspraxis in Zürich mehr notwendig, damit ein Fahrer eine eigene Betriebsbewilligung beantragen kann. Allerdings müssen Taxifahrer nach wie vor über einen Ausweis verfügen, den sie nur erhalten, wenn sie eine Fachprüfung abgelegt haben. Dabei werden sie auch auf ihre Ortskenntnisse geprüft.

Anreize oder Sanktionen?

In wesentlichen Teilen galt die Diskussion aber nicht den Lockerungen des Marktzugangs. Diese sind schliesslich vom übergeordneten Gesetz vorgeschrieben, auch wenn sie den vor neun Jahren beschlossenen Verschärfungen der Verordnung zuwiderlaufen, die die Stadt zur Qualitätssicherung beschlossen hatte. Im Mittelpunkt der gestrigen Debatte stand vielmehr die Frage, mit welchen Mitteln Taxihaltern der Einsatz umweltfreundlicher Fahrzeuge schmackhaft gemacht werden kann. Die Taxidebatte wurde also über weite Strecken zu einer Umweltdebatte – und zu einer Diskussion darüber, inwieweit das umweltpolitische Ziel über Anreize erreicht werden könne und inwieweit es über Sanktionen erreicht werden müsse.

Den Anlass dazu boten Anträge von Grünen und FDP. Sie verlangten, die vom Stadtrat vorgeschlagene Bestimmung für die Begünstigung von Taxihaltern mit umweltfreundlichen Fahrzeugen zu verschärfen. Gutgeheissen wurde schliesslich eine Regelung, die festlegt, dass die Benutzungsgebühr halbiert werden könne, wenn ein Taxihalter Fahrzeuge der Energie-Effizienz-Kategorie A einsetzt; bei Fahrzeugen der gleichen Kategorie mit Elektro- oder Hybridantrieb wird die Gebühr noch einmal um 25 Prozent reduziert. Der Stadtrat hatte beantragt, Haltern von Autos, die vom Strassenverkehrsamt als ökologisch anerkannt sind, die Hälfte der Gebühr zu erlassen. Klar verworfen wurden allerdings Vorschläge, die Haltern von Fahrzeugen der schlechtesten Kategorien einen Malus aufbürden wollten.

Wie sinnvoll ist ein Umweltbonus?

Der Kompromiss setzte sich also durch. Doch wurde der Sinn eines Umweltbonus auch in Zweifel gezogen. Taxis seien kein geeignetes Objekt für umweltschutzpolitische Exempel, sagte Ruth Ackermann (cvp.). Da gehe es schliesslich nur um gut 1400 Autos in der Stadt, während Fahrzeuge verwandter Transportsparten von der Regelung ausgenommen seien. Und AL-Vertreter Niklaus Scherr betonte, dass «der gesetzgeberische Werkzeugkasten» auf kommunaler Ebene in vielen Bereichen für eine kohärente Umweltpolitik zu beschränkt sei. «Fundamentalökologische Demonstrationen» hülfen nicht weiter. Das Grundproblem sei, sagte Scherr, dass wir in der Schweiz zwar seit Jahren ökologische Regulierungen verstärkten, zugleich aber als «Anhängsel der EU» laufend gezwungen seien, Deregulierungen vorzunehmen, die genau diese Weichenstellungen unterliefen. Der Rat beauftragte den Stadtrat über die Bonusregelung hinaus mit einer Motion von Richard Rabelbauer (evp.), Anreize zum Einsatz umweltfreundlicher Taxis zu setzen. Die Verordnung wurde klar angenommen. Die Schlussabstimmung wird erst nach der zweiten Lesung der Vorlage in einigen Wochen stattfinden.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK

Information der Mieter bei Sanierungen. Mieterinnen und Mieter in der Stadt Zürich sollen bei Mietzinserhöhungen wegen wertvermehrender Investitionen bei der Stadtverwaltung Auskunft erhalten, ob ihr Vermieter Förderbeiträge oder Subventionen erhalten hat. Der Rat hat eine Einzelinitiative des Stimmberechtigten Harry Lütolf mit dieser Forderung an den Stadtrat überwiesen.

Baulinien in Schwamendingen und Oerlikon. Der Gemeinderat hat auf Antrag des Stadtrats zwei Baulinien im Bereich Luegislandstrasse in Zürich Schwamendingen und an der Schaffhauserstrasse in Zürich Oerlikon neu festgesetzt. Die Neufestsetzungen werden nötig wegen geplanter Bauprojekte.

Bericht zur Feinstaubproblematik. Der Gemeinderat nimmt vom Bericht des Stadtrates «Massnahmenpaket zur Reduktion der Feinstaubbelastung» im Sinne einer Bestandesaufnahme vor dem Vorliegen des «Massnahmenplans Luftreinhaltung 2008» des Kantons Kenntnis und verlangt innert Jahresfrist einen ergänzenden Bericht.

Neue Taxiverordnung. Um den Bestimmungen des Binnenmarktgesetzes zu entsprechen, müssen die Taxivorschriften der Stadt Zürich angepasst werden. Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats zu, verlangt aber Änderungen bezüglich der Bestimmungen für schadstoffarme und energieeffiziente Fahrzeuge (siehe Beitrag). Die Schlussabstimmung über die Vorlage findet nach der Überarbeitung durch die Redaktionskommission statt.

Umweltfreundliche Taxis. Der Stadtrat soll Anreize setzen, damit Taxibetreiber auf weniger umwelt- und klimaschädliche sowie abgasarme Fahrzeuge umsteigen. Der Gemeinderat hat mit 77 gegen 38 Stimmen ein entsprechendes Postulat von Richard Rabelbauer überwiesen.

Radweg in Zürich Affoltern. Neben der Bahnlinie Affoltern auf der Seite zum Gebiet Ruggächern soll ein neuer Fuss- und Radweg gebaut werden. Der nach einem Affoltermer Pfarrer und Lokalhistoriker benannte Emil-Spillmann-Weg soll die Wohnsiedlungen in Ruggächern an die S-Bahn-Station Zürich Affoltern anbinden. Für die Realisierung des 745 Meter langen Abschnitts vom Zehntenhausplatz bis zur Aspholzstrasse hat der Rat einen Kredit von 955 500 Franken bewilligt. Der Kredit für den notwendigen Landerwerb in der Höhe von 1,74 Mio. Fr. hat der Rat 2005 bereits bewilligt.

rib./ami.

2008 leicht tiefere Auslastung im Casinotheater Winterthur

flo. Das Casinotheater Winterthur hat im Geschäftsjahr 2008 bei den Theatereinnahmen einen Rückgang um 16 Prozent oder 556 000 auf 2 914 000 Franken hinnehmen müssen. Leicht gesunken ist auch der Umsatz in der Gastronomie, er reduzierte sich um 3 Prozent auf 4 385 000 Franken. Wie einer Mitteilung vom Mittwoch weiter zu entnehmen ist, blieb im Berichtsjahr die Gesamtzahl der Veranstaltungen mit rund 750 konstant; wegen der Euro 08 im Juni war der Anteil der Theateraufführungen deutlich tiefer. Die Auslastung des Theaters sank von 78 Prozent im Rekordjahr 2007 auf 72 Prozent. In der Mitteilung wird darauf hingewiesen, dass dies immer noch die zweitbeste Quote des seit 7 Jahren in der heutigen Form geführten Kulturunternehmens ist.

Streit zwischen Swisscom und Hauseigentümern

Wer zahlt fürs Glasfasernetz?

ami. Beim Bau des Glasfasernetzes in Zürich liegen sich die Immobilienorganisationen und die Swisscom in den Haaren. Konkret geht es um die Frage, wer für die Hausinstallation bezahlt. Die Immobilienwirtschaft möchte, dass die bauenden Telekomfirmen für diese aufkommen. Die Lancierung der neuen Technologie und die entsprechenden Investitionen seien Sache der Kommunikationsunternehmen und würden später durch die Nutzer des Netzes bezahlt und refinanziert, heisst es im Communiqué der Zürcher Immobilienverbände – mit von der Partie sind der Hauseigentümerverband Zürich, der Schweizerische Verband der Immobilienwirtschaft Zürich, der Schweizerische Verband für Wohnungswesen, Sektion Zürich, und die Vereinigung Zürcher Immobilienunternehmen.

Die Swisscom hingegen will, dass die Hausinstallation von den Hauseigentümern getragen wird. Diese Haltung zwinge die Hauseigentümer, die Investitionen auf die Mieten zu überwälzen. Bis auf weiteres werde deshalb empfohlen, keine Swisscom-Glasfaseranschluss-Verträge zu unterzeichnen. – Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ), das neben der Swisscom in Zürich ein Breitbandnetz baut, hat diese Frage schon seit Wochen gelöst. Das EWZ finanziert den Hauseigentümern, die ihre Liegenschaft mit EWZ-Glasfasern verkabeln lassen, die Hausinstallation, sichert sich im Gegenzug jedoch für 20 Jahre die Nutzungsrechte. Seit Anfang April besteht auch ein Mustervertrag für Hauseigentümer, die mit dem EWZ zusammenarbeiten wollen.

Skaten mit Profis

Einweihung der Freestyle-Anlage an der Zürcher Hohlstrasse

rsr. «Hey, niä bi rot über d Strass!» Was bei den meisten eher bieder klingen würde, kann Cédric Romanens den Jungs zurufen und wird dabei immer noch als cool angesehen. Er hat am Mittwochnachmittag Jugendlichen erste Tanzschritte im Breakdance beigebracht. Anlass war die Eröffnung der renovierten Freestyle-Anlage auf der Hohlstrasse bei der Bäckeranlage in Zürich 4. Unter der Anleitung von Profis versuchten sich hier über 50 Kinder in neuen Sportarten.

Romanens bereitete mit 10 Jugendlichen eine kleine Breakdance-Aufführung vor. Für die Schtifti, eine Zürcher Stiftung für soziale Jugendprojekte, hat er bereits zahlreiche solcher Workshops geleitet und konnte auch an diesem Nachmittag mit den Teilnehmern innert zwei Stunden grosse Fortschritte erzielen. Die Kinder seien motiviert gewesen, was die Grundlage dafür sei, dass sie sich auch in Zukunft gerne bewegten. Andernorts beäugten einige Zuschauer Skateboarder, die mit ihren Brettern und blauen Helmen versuchten, Hindernisse zu überspringen.

Ernesto Schneider erläuterte als fachlicher Leiter der Schtifti, dass es Ziel dieser Freestyle-Anlage sei, für die Jugendlichen Freiräume in dem sonst stark überbauten Gebiet zu schaffen. Mit den Workshops zu verschiedenen Sportarten sollten die Teilnehmer Ideen zur Nutzung der Anlage erhalten. Viele konnten bereits gestern ausprobiert werden: Neben Skateboards waren Footbags, BMX-Velos und Streetsoccer im Angebot.

Die Schtifti hat das Renovationsprojekt aufgegleist und begleitet. Mit Unterstützung der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, des Tiefbauamts der Stadt Zürich und eines Sportartikelherstellers konnte der Platz frisch geteert und mit neuem Material ausgerüstet werden. Der städtische Beitrag beläuft sich dabei auf rund 115 000 Franken, derjenige aus dem Wettbewerb der deutschen Stiftung auf 45 000 Franken.

Für Agron Ibraj von der Offenen Jugendarbeit war es wichtig, Jugendliche bereits früh in die Planung einzubeziehen, so dass sie sich jetzt auch mitverantwortlich fühlen und Sorge tragen. Für die Jugendarbeit im Quartier sei diese Anlage eine wertvolle Ergänzung. Bis zu den Sommerferien sind bereits weitere Aktivitäten wie Basketball- und Streetsoccer-Turniere geplant.

Der Skateboard-Workshop-Leiter Ivo Schneiter demonstriert den Jugendlichen sein Können. C. BEUTLER

Soziales Engagement öffentlich machen

Heute tagt das Zürcher Spendenparlament

Seit 2006 hat Zürich ein Spendenparlament. Heute tagt es zum sechsten Mal. Sein Präsident, Grossmünsterpfarrer Christoph Sigrist, zieht eine erste Bilanz und skizziert Pläne für die Zukunft.

PD

«Das Spendenparlament soll ein Ort sein, an dem die soziale Frage öffentlich debattiert wird.»

Christoph Sigrist

Christoph Sigrist, drei Jahre gibt es das Spendenparlament schon, haben sich die Erwartungen erfüllt?

Christoph Sigrist: Wir konnten und können zahlreiche Projekte mit namhaften Beiträgen unterstützen. Und es gelingt uns immer wieder, lebendige Debatten über soziale Projekte zu führen. Insofern haben sich die Erwartungen erfüllt. Was die Mitgliederzahl betrifft, sind wir allerdings noch nicht da, wo wir sein möchten.

Warum braucht es überhaupt ein Spendenparlament? Es gibt doch genügend andere Möglichkeiten, soziale und kulturelle Projekte zu unterstützen.

Es braucht einen Ort, an dem die soziale Frage öffentlich debattiert wird, und zwar in einem entpolitisierten Umfeld, in dem unideologisch diskutiert werden kann. Wir wollen mit dem Spendenparlament eine Kultur des Dialogs über Fragen der Integration etablieren, eine zivilgesellschaftliche Kraft, die sich der Probleme annimmt, die immer drängender werden. Bei uns sind die Empfänger der Beiträge im direkten Gespräch mit dem Gremium, das die Beiträge spricht, und sie müssen sich den Fragen stellen.

Ist das Spendenparlament auf dem Spendenmarkt nicht eine unliebsame Konkurrenz für andere?

Nein, wir sind keine Konkurrenz zu den etablierten Hilfswerken. Unsere Erfahrungen zeigen, dass die Mitglieder des Spendenparlaments Menschen sind, die über ihr gewohntes finanzielles Engagement für soziale Projekte hinaus einen Ort suchen, um sich persönlich zu engagieren. Sie geben ihre bestehenden sozialen und kulturellen Engagements nicht auf. Aber sie suchen darüber hinaus eine Form, um mehr zu tun als nur Einzahlungsscheine ausfüllen.

Um welche Projekte geht es an der heutigen Sitzung? Und wie viel Geld soll gesprochen werden?

Heute stehen acht Projekte zur Debatte, und die Beiträge belaufen sich insgesamt auf rund 60 000 Franken. Unter den Projekten sind beispielsweise eine Malwerkstatt für psychisch beeinträchtigte Personen, ein Altersradio oder ein Beitrag an die Zigeunerkulturwoche.

Haben Sie den Eindruck, das Spendenparlament sei schon zu einem Begriff geworden?

Es beginnt zu greifen. Bei potenziellen Gesuchstellern sind wir zu einem Begriff geworden. Und auch das Interesse an einer Mitgliedschaft nimmt zu. Ich spüre, dass man sich in breiten Kreisen, und zwar in bürgerlichen wie in linken, immer mehr für das interessiert, was wir tun. Und ich merke auch, dass man zunehmend bereit ist, sich persönlich dafür zu engagieren.

Wie soll es weitergehen?

Wir wollen noch mehr Projekte auf allen Ebenen der sozialen Integration fördern. Und wir wollen natürlich noch mehr Mitglieder. Der Ratssaal muss voll werden, und das Spendenparlament soll präsenter werden, so können wir wiederum mehr auf die Unterstützung durch Stiftungen oder Mäzene zählen.

Interview: rib.

Das Spendenparlament tagt heute Abend von 17 Uhr 45 bis 20 Uhr 45 im Rathaus Zürich. Die Sitzung ist öffentlich. Vor der Sitzung referiert der Psychiater und Buchautor Daniel Hell über die Begleitung psychisch kranker Menschen.

Das Zürcher Spendenparlament

rib. Das Zürcher Spendenparlament wurde 2006 auf Initiative kirchlicher Kreise ins Leben gerufen. Vorbild ist das Hamburger Spendenparlament, das 1996 gegründet wurde. Mitglied werden können Privatpersonen oder Institutionen, die sich verpflichten, einen jährlichen Mindestbeitrag von 500 Franken zu leisten (für juristische Personen 2500 Franken). Das Spendenparlament besteht zurzeit aus rund 100 Mitgliedern und tagt zweimal jährlich. Die eingereichten Gesuche werden vor der Behandlung im Plenum von einer Fachkommission geprüft. Die Institution setzt sich zum Ziel, soziale und kulturelle Projekte zu unterstützen, die der Integration und dem Zusammenleben verschiedener Kulturen im Grossraum Zürich dienen. Bisher hat sie mehr als dreissig Projekte mit insgesamt rund 400 000 Franken unterstützt.

www.spendenparlament.ch